

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, Gebäcker, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Süßkoll. - u. Kakaoindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreizehnpaltiger Zeile 50 Pfg., für die Zeilenstellen 30 Pfg.

Staats-, Kommunal- und Privatwirtschaft.

Die Erfahrungen während der Kriegszeit haben in hohem Maße gelehrt, daß unsere privatkapitalistische Wirtschaftsweise an erheblichen Mängeln leidet und daß sie, trotz unleugbarer Vorzüge, doch nicht imstande ist, der großen Masse des Volkes eine gute, auskömmliche und gesicherte Existenz zu gewährleisten. Von sozialistischer Seite aus ist dies schon seit Jahrzehnten behauptet und mit Tatsachen belegt worden; aber erst der Weltkrieg mit seinen allgemein bekannten häßlichen Begleitererscheinungen hat diese Wahrheit jedem Menschen hargemacht. Schon bei den früheren wirtschaftlichen Krisen, wenn Massenarbeitslosigkeit und Massennot auf unserm Volke lastete, wurden die Fehler des Kapitalismus offenbar; heute aber, in der Kriegszeit, die unser Wirtschaftsleben aufs tiefste erschüttert, ist die Unhaltbarkeit des kapitalistischen Systems mit geradezu erschreckender Deutlichkeit zutage getreten. Allerdings gibt es Leute, die da behaupten, der Kapitalismus habe die ungeheure Krisisprobe des Weltkrieges glänzend bestanden und dadurch seine Existenzberechtigung unvorderleglich bewiesen; aber diese Leute scheinen das Wesen des Kapitalismus darin zu erblicken, daß große Gewinne gemacht werden auf Kosten der Volksmassen. Denn wie die breiten Schichten des Volkes während des Krieges zu leben gezwungen sind, brauchen wir wohl nicht erst näher zu schildern. Ohne Übertreibung können wir wohl sagen, daß unsere Volkswirtschaft beim Ausbruch und während der Dauer des Krieges vollständig verjagt hat und daß es erst des Eingreifens der Behörden unter Mitwirkung der Arbeiterorganisationen, auch der Konjunktionsgesellschaften bedurfte, um das Schlimmste abzuwehren und wenigstens halbwegs erträgliche Zustände zu schaffen. Ohne diese regulierende Tätigkeit hätten Produzenten und Händler in rührendem Zusammenwirken den Konsumenten den Brotkorb noch viel höher gehängt und ihnen schließlich wohl die Kehle zugeschnürt.

Die gewerkschaftlichen Schildeknappen und Lobredner des Kapitalismus haben also durchaus keine Veranlassung, hoch hohe Töne anzuschlagen; sie hätten eher alle Ursache, an die Brust zu schlagen und ihre Sünden zu bekennen. Es ist für sie sicherlich eine bittere Pille, die ihnen der Berliner Professor Dr. Harnack, der Vorsitzende des deutschen Nationalausschusses, zu schlucken gibt, indem er in einer Versammlung das ganze privatkapitalistische System anklagte, das System, das den Handelsegoismus und das rücksichtslose Verdienen auch im Kriege erlaubt, weil man eben überhaupt Grenzen hier nicht gekannt hat und kennt, und daraus die Folgerung zog, daß Staat und Gemeinden sich an gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen beteiligen müßten. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ ist ganz entsetzt darüber, daß ein Gelehrter wie Harnack sich in die Reihe derer gestellt hat, die das ganze System der Privatwirtschaft in Wusch und Wogen anfragen und verurteilen. Und das Unangenehme dabei ist, daß nach den eigenen Worten des Scharfmacherorgans die überragende wissenschaftliche Größe dieses Mannes seiner Äußerung eine besondere Geltung verleiht, und daß der tiefe Forscher schon bei mancher Gelegenheit auch in praktischen Fragen ein klares und treffendes Urteil bewiesen hat. Harnack ist also kein gewöhnlicher Dupendmensch, dessen Meinung man mit einer Handbewegung ablehnt, sondern er ist eine Autorität, und darum wiegt seine Verurteilung des Kapitalismus so schwer. Freilich — und hier steht die Verteidigungsrede der „Arbeiterzeitung“ ein — wäre es wünschenswert gewesen, daß sich Harnack vor seiner Rede erst einen besseren Einblick in die tatsächlichen Verhältnisse verschafft hätte, weil er dann hätte feststellen können, daß in der

eigentlichen Industrie von einem übermäßigen Verdienen keine Rede sein könne. Sogar Fabriken, die Munition und Kriegsmaterial herstellen, hätten nur Preise erzielt, die den gesteigerten Produktionskosten eben entsprächen. In der Hauptsache hätten nur Pferde- und Viehhändler, Tuch- und Lederhändler, Nahrungsmittelhändler aller Art sowie einige Bankleute, also nur der Zwischenhandel, hohe Kriegsgewinne gemacht. Dagegen hätte die privatwirtschaftliche Industrie durch ihre freiwilligen Wohlfahrtsleistungen und ihre gemeinnützigen Stiftungen in aller Welt Bewunderung erregt, und es sei ganz ausgeschlossen, daß eine staatliche oder kommunale Beamtenschaft ähnliches leisten könne.

Es verlohnt sich wohl nicht, auch nur ein einziges Wort der Widerlegung an diesem Reinschwärzungsversuch zu verschwenden. Man muß schon mit zugebundenen Augen in der Welt herumlaufen, um die Kriegsgewinne nicht zu sehen, die der Industrie und der Landwirtschaft zugeflossen sind. Kein ehrlich denkender, unparteiisch urteilender Sachkenner wird bestreiten, daß die Harnacksche Beurteilung des privatkapitalistischen Systems den Nagel auf den Kopf trifft. Daraus erklärt sich auch der allgemeine Ruf nach einer Ausdehnung der Staats- und Kommunalwirtschaft. Gegen die Planlosigkeit und die rücksichtslose Erwerbiger der Privatwirtschaft soll dadurch ein Damm immer größeren Teil unseres Wirtschaftslebens selbst in die Hand nehmen. Dadurch wird die Gewähr geleistet, daß die Lebensmittelversorgung der breiten Volksmassen in geregelte Bahnen gelenkt und daß dem Preiswucher und der Verfallung Schranken gesetzt werden. Wir denken hierbei in erster Linie an die Befriedigung der Massenbedürfnisse. Der Staat kann sehr wohl die Bevölkerung mit Feuerungsmaterial, Beleuchtung, elektrischer Kraft, Getreide, Kartoffeln, Fleisch usw. versorgen, und wenn dann noch die Gemeinden Milch und Milchprodukte, Eier und Gemüse und andere Lebensmittel liefern, dann sind die wichtigsten Bedürfnisse gedeckt, und die Bevölkerung ist von der Herrschaft der Produzenten und Händler befreit. Außerdem wird die Staats- und Gemeindevirtschaft noch erhebliche Ueberflüsse abwerfen, die der Allgemeinheit zugute kommen und zu einer Erleichterung der Steuerlast beitragen.

Erklärlicherweise suchen die Schildeknappen des Kapitalismus die Staats- und Gemeindevirtschaft in Verwirrungen zu bringen. Sie weisen hin auf die Mißerfolge der gegenwärtigen Kriegswirtschaft, auf den Bureaokratismus, der die Entwicklung des Wirtschaftslebens hemmt, und auf den Mangel an frischer Lastrast und privater Verantwortlichkeit, der die Begleitererscheinung einer jeden sozialistischen Wirtschaftsweise sei. Sie mögen in dieser Hinsicht für die Vergangenheit und Gegenwart vielfach recht haben, wenn gleich es auch schon heute Staats- und Gemeindevetriebe gibt, die sehr gut wirtschaften, weil in ihnen ein moderner Geist lebt; aber es ist ausgeschlossen, daß dies auch für die Zukunft zutreffen wird. Wenn erst das Volk durch den Ausbau der Demokratie Gelegenheit haben wird, an der Leitung des Staates und der Gemeinden teilzunehmen, dann wird frisches Blut in die Verwaltungen einströmen und den alten bureaokratischen Schlendrian hinwegspülen. Solange Staat und Gemeinden eine Domäne der herrschenden, rücksichtslosen Klassen waren, mußten ihre wirtschaftlichen Unternehmungen verkommen; wenn aber erst ein freier, demokratischer Luftzug die Spinnweben der Vergangenheit fortbläst, wird sich in ihnen ein reges Leben entfalten. Und wenn dann noch die Mitarbeit der in Gewerkschaften und Genossenschaften organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen der verschiedenen Berufsstände hinzukommt, dann wird die Staats- und Gemeindevirtschaft Erfolge zeitigen, an die die Privatwirtschaft nicht heran-

reicht. Es müßte ja auch mit dem Teufel zugehen, wenn das Handinhandarbeiten aller Volksgenossen zur Hebung des Gemeinwohles nicht mehr vermögen sollte, als wenn der Staat der Erwerbiger die Volksgenossen in den Kampf aller gegen alle treibt. Die Zukunft wird ihr Urteil sprechen und uns Recht geben.

Die deutschen Gewerkschaften während des Kriegsjahres 1915.

Bei dem großen Einfluß, den die Gewerkschaften auf die Volkswirtschaft ausüben, ist es von großer Bedeutung, inwiefern die Gewerkschaften sich den schweren Krisenjahren gegenüber gewachsen zeigen. Eine zuverlässige Statistik liefert man die hohen veröffentlichten Statistiken über die Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1915 den Nachweis, daß trotz der langen Dauer des Krieges die Lebenskraft der Gewerkschaften ungebrochen ist, daß sie auch im zweiten Kriegsjahr ihre Aufgaben erfüllen konnten, obwohl die Einberufungen zum Heeresdienst lähmend auf ihre Tätigkeit einwirkten. Groß ist die Zahl der Kräfte, die den Gewerkschaften entzogen wurden; besonders hat sich der Mangel an Funktionären und Vertrauensleuten äußerst fühlbar gemacht. Zwar sind während der Kriegszeit Streiks und Ausperrungen nur vereinzelt vorgekommen, die Arbeit für die Organisierung und Leitung von wirtschaftlichen Kämpfen war gering; aber die enorme Steigerung der Lebensmittelpreise, der gegenüber die vor Kriegsausbruch gezeichneten Löhne nicht entfernt im Verhältnis standen, machten Lohnsteigerungen zur bringenden Notwendigkeit. Da Streiks nur im äußersten Falle geführt werden sollten, so mußte eine Aufbesserung der Löhne durch Verhandlungen mit den Unternehmern versucht werden. Vielfach haben die Militärbehörden mitgewirkt, einen Ausgleich herbeizuführen.

Aber auch eine Fülle anderer, durch die Kriegszeit erwachener Aufgaben hatten die Gewerkschaften zu erfüllen. Dazu gehört insbesondere die Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer und für die Kriegsbeschädigten. Die Beteiligung der Gewerkschaften an dem Kongreß für Kriegsbekämpfung in Köln a. Rh. und die Sonderberatungen, die von den Gewerkschaften aller Richtungen dort abgehalten wurden, beweisen, daß die Organisationen dieses neuen Arbeitsgebietes sehr ernst nehmen. Leider ist die Fürsorgeorganisation noch nicht entfernt so ausgebaut, wie es dem Willen der Gewerkschaften entspricht. Nicht alle verantwortlichen Stellen zeigen hier den Gewerkschaften das genügende Entgegenkommen, sie erklammern ihnen oft ihre Tätigkeit. Ebenfalls liegt es vielfach auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung und der öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenfürsorge.

Am 30. Juni 1914 hatten die der Generalkommission angehörenden Zentralverbände ohne die Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter 2 482 046 Mitglieder, das Jahr 1915 schließen sie mit einem Bestand von 982 805 Mitgliedern ab. Im Jahresdurchschnitt zählten die Verbände 1914 1 848 729 männliche und 203 648 weibliche, zusammen 2 052 377 Mitglieder, 1915 dagegen 974 185 männliche, 172 101 weibliche, zusammen 1 146 286 Mitglieder. Daraus bezieht sich die seit dem vorigen Jahre eingetretene Mitgliederabnahme auf 906 118 = 44,15 pSt. Der Mitgliederverlust ist leider nicht nur auf die Einberufungen zum Heeresdienst zurückzuführen. Es sind den Verbänden bis zum Schluß des Jahres auch weitere 278 316 = 11,2 pSt. der Mitglieder verlorengegangen, darunter 48 700 weibliche = 20,4 pSt. Mitglieder. Zum Teil handelt es sich bei diesem Verlust um eingezogene Mitglieder, die es verabsäumten, sich abzumelden und dann wegen fehlender Beiträge aus den Listen gestrichen wurden. Eine große Zahl von Zweigvereinen der Verbände ging durch starken Entzug an Mitgliedern geschwächt und mangels tätiger Kräfte, völlig ein. Es verringerte sich ihre Zahl von 10 980 im Jahre 1914 auf 9869 im Berichtsjahr. Dazu kommt, daß durch die Einberufungen den Gewerkschaften auch ein erheblicher Teil leitender Kräfte, Vertrauensleute, Verwaltungsbeamte, entzogen wurde. Vor Kriegsausbruch waren insgesamt 2867 Angestellte, am Schluß des Jahres dagegen nur 1477 tätig. Die Zahl der Angestellten in den Zweigvereinen ging allein von 1914 auf 851, also um 1105 zurück. Obschon diese Tatsachen den Verlust an Mitgliedern erklären, bleibt er doch bedauerlich, besonders der starke Rückgang an weiblichen Mitgliedern hätte nicht entgehen dürfen gegenüber der vermehrten erwerbsfähigen Tätigkeit der Frauen. Die von der Generalkommission vorgemerkten Quartalshebungen über die Mitgliederbewegung in den Zentralverbänden haben er-

Freilicherweise ergeben sich im Laufe des Jahres 1916 bei den weiblichen Mitgliedern wieder eine Abwärtsbewegung der Mitgliederzahl eingetreten und bei den männlichen Mitgliedern die über die Zahl der eingezogenen hinausgehende rückläufige Bewegung zum Stillstand gekommen ist.

In gleicher Weise wie die Zentralverbände wurden auch die anderen Gewerkschaftsverbände von Mitgliederverlusten betroffen. Der enorme Anstieg der Mitgliederzahl in den Zentralverbänden hat sich ebenfalls auch in den Gewerkschaften geltend gemacht. Während für 1914 noch eine Erhöhung von 15.236.896 an Beiträgen zu verzeichnen war, fiel sie im Jahre 1915 auf 17.076.202. Die Gesamtsumme ging von 70.871.954 auf 41.508.227 zurück. Trotzdem konnten die Verbände nicht nur ihre bisherigen Verpflichtungen erfüllen, sondern auch weitere übernehmen. So die Unterstützung der Familien der Kriegsverwundeten. Für diese wurden 6.701.940 im Jahre 1914 und 8.074.055 im Jahre 1915, von Kriegsausbruch bis zum 30. Juni 1916 insgesamt 17.938.759 verausgabt. Die wichtigsten Ausgaben der Verbände sind fast alle bis auf den für Lohnbewegungen ohne Arbeitsbeschäftigung gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen, zum Teil sehr erheblich. Für Lohnbewegungen und Streiks wurden 1.229.413 verausgabt. Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung ging von 2.378.902 im Jahre 1914 auf 3.485.423 im Jahre 1915 zurück; die Ausgabe für Krankenunterstützung betrug 1.079.912 auf 2.425.032. In Arbeitslosenunterstützung wurden 1914 1.347.391 und 1915 1.124.222 verausgabt. Die Zusammenfassung aller Ausgaben für Unternehmungen — ohne die bei Streiks gemachten — ergibt für 1915 die Gesamtsumme von 17.882.340, während sie im Jahre 1914 14.659.426 betrug. Insgesamt verausgabten die Zentralverbände 1915 34.938.884, 1914 dagegen 29.551.22. Was kann zu erwarten sein, in Anbetracht der Zentralverbände haben im zweiten Kriegsjahr finanziell gar nicht abgenommen, weshalb die Hälfte ihrer Zahl kaum noch gegenüber dem Jahre 1914 einen Bestandsgewinn haben.

Während der Kriegszeit sind, wie die Statistik nachweist, die der Generalkommission angehörenden Zentralverbände in vollem Umfange leistungsfähig geblieben, auch ihre Tätigkeit ist nicht gestoppt. Es wird hoffentlich bei den Bäckern Europas die bessere Aussicht zum Sieg gelangen und nicht ein ganzes drittes Kriegsjahr mit allen seinen Sorgen und Besorgnissen über die Völker herabzuwürgen werden. Wohl ist damit zu rechnen, daß nach dieses von der Gewerkschaften erzwungen wurde, jedoch in bei längerer Kriegsdauer ihre Widerstandskraft für die Zeit unmittelbar nach Kriegsende geschwächt, in der sie am leistungsfähigsten sein müßten. Der Arbeitsmarkt wird dann überfüllt sein und die Unternehmungen werden wahrscheinlich verfallen, die Lebenshaltung der Arbeiter herabzusinken. Das ist den Gewerkschaften höhere Forderung bevorzugen. Es ist zu erwarten, daß die aus dem Felde heimkehrenden Gewerkschaften ihren Organisations gegenüber dem Krieg zu erhalten, wie sie es dem Krieg zum Siege der Gewerkschaften gegen haben. In erster Linie aber die Bekämpfung der Inflation zu sorgen, daß nicht die Preise der Lebensmittel, damit auch die Preise der Waren, die die Arbeiter im Kriegsjahre

Kriegsverluste des Verbandes.

- Bezirk Berlin** meldet als gefallen:
 - Reinhold Markus, Bäcker, 28 Jahre alt;
 - August Gäßler, Bäcker, 28 Jahre alt;
 - Hermann Sillmarth, Bäcker, 31 Jahre alt;
 - Theodor Urbanski, Bäcker, 37 Jahre alt;
 - Richard Ebert, Bäcker, 34 Jahre alt.
- Bezirk Chemnitz** meldet als gefallen:
 - F. Müller, Bäcker, 26 Jahre alt;
 - Willi Zwickner, Bäcker, 21 Jahre alt;
 - Martin Benther (Aue-Löbnitz), Bäcker, 25 Jahre alt.
- Bezirk Essen** meldet als gefallen:
 - K. Jannotta und J. Jochem.
- Bezirk Frankfurt a. M.** Paul Niersch, Bäcker, 22 Jahre alt, gefallen im Oktober.
- Bezirk Leipzig** meldet als gefallen:
 - Paul Schulze (Eilenburg), am 27. Oktober;
 - Paul Großmann, am 7. Oktober;
 - Max Grabner.

Ihre ihrem Besten!

Schülerbewegungen und Streiks.

Streikbewegungen in Gewerkschaftsbetrieben.

Der Konsumverein für Ostung, Mitteldeutschland und Umgebung zählte am 27. Oktober zum dritten Male im Laufe des Krieges den Beschäftigten eine einmalige Streikzulage, und zwar den Beirateten 1.50 und für jedes Kind unter 15 Jahren 1.5, den unverheirateten Männern und Frauen 1.25.

Der Konsumverein in Sachse hat den Beirateten eine einmalige Streikzulage in Höhe von 1.50, den ledigen und lediglich Eingetragten eine solche von 1.25 gewährt.

Der Konsumverein in Thüringen zählte seinen Angehörigen im Oktober wieder eine Streikzulage, und zwar im Juli 50 pSt. des Wochenlohnes respektive später eingekaufte 40 pSt. Für jedes Kind unter 18 Jahren wurden 20 pSt. gewährt, wenn es den Lebensunterhalt nicht selbst bestritt.

Korrespondenzen.

Bäcker.

Bad Hersfeld, d. d. S. Auch an unserm Orte agitiert ein Jungmüller bei den Frauen unserer im Felde stehenden Mitglieder mit der Unterstützung der Weibchen. Da am Orte nur Mitglieder des Zentralverbandes und der örtlichen Ausschüsse sind, so wird er nicht in der Lage sein, auch nur einen einzigen Fall herbeizuführen, wo eine Familie in den Kampf der Unterstützung durch den gelben Bund gekommen wäre. Er führt dabei aus, daß sie doch auch zu diesem Zweck Beiträge leisten. Wenn der Herr aber glaubt, daß wir nicht müßten, wo die Gelder der Weibchen herkommen, ist er sehr zweifelhaft. Werden wir es finden, wenn der Jungmüller auch selbst solche Unterstützungen für die Weibchen auswendig, die schon jahrelang bei ihm ihre Arbeitkraft veräußert haben und nun auch im Felde stehen. Unsere Kollegen, wenn sie wieder aus dem Felde kommen, und unsere Kriegsbekämpften Kollegen, wenn sie wieder in Arbeit sind, müßten wir zu Vergeltung nach, auch bei einer Zahlstelle angucken! Mancher wird es wohl widerstehen, denn nach diesem Köfferchen werden wir auf neue Kräfte für unsere eigenen Interessen eintreten müssen.

Griech. Nach längerer Zeit fand hier wieder eine Versammlung statt. Der als Referent erscheinende Kollege Heiter aus Gien behandelte die Abkündigung unserer Bäcker im Felde und die Fürsorge der Bäcker- und Konditorenvereine für die aus dem Felde zurückkehrenden und besonders für die Kriegsbekämpften Kriegsangehörigen. Nach den heftigsten Auseinandersetzungen nahm unter andern ein Bäcker aus Griech das Wort, der auch auf die enorme Verbeugung der Abkündigung unserer Freunde im Felde hinwies und die Anwesenden auffordert, jetzt aber auch dafür zu sorgen, daß die Nacharbeit nicht mehr kommt. Die Fürsorge für die

Kriegsbekämpften erfüllt die Kollegen im Felde ebenfalls mit neuem Mut für die kommende Zeit; da auch alles versucht werden, dieselbe zum Nutzen anderer Kollegen zu gestalten. Der amtierende Vorsitzende der Kammer führte aus, daß sie alle in der Kammer dafür seien, daß die Nacharbeit nicht mehr kommen darf, da die jetzige Praxis schon längst gezeigt habe, daß es ohne Nacharbeit recht gut geht. Er stellte mit, daß die Kammer schon mehrere Eingaben am Reichstag über die Nacharbeit gemacht habe. Zur Frage der Sonntagarbeit führte er aus, daß schon in früheren Zeiten die hiesige Kammer die Beseitigung derselben erstrebt und das Verbot der Sonntagarbeit auch beschlossen habe; leider seien noch immer Meister und Gehilfen gewesen, die für seine kleine Vergütung sich dazu verhalten ließen, demnach am Sonntag zu arbeiten. Er erwartete von den Gehilfen, daß sie sich nicht dazu herließen, solche Beschäfte zu übernehmen. Die Fürsorge für die Krieger regelt die hiesige Kammer so, daß sie vier Bäckermeister ernannt, und die Kommission, wenn die Gehilfen ihre Vertreter gewählt haben, in Funktion treten kann. Nach weiteren Ausführungen des Referenten, der die Gehilfenen aufzuforderte, auch für die Organisation zu arbeiten und für deren Ausbreitung tätig zu sein, schloß Kollege Mertens die gutbesuchte Versammlung. Zwei neue Kollegen wurden Mitglieder. Bismarck! Ihr Großvater, damit auch hier die Organisation auf die ihr gebührende Höhe gebracht wird!

Karlsruhe. Nach längerer Zeit der Datenlosigkeit waren am 26. Oktober auch die Karlsruher Kollegen wieder zu einer Versammlung, und zwar erfreulicherweise recht zahlreich, zusammengekommen. Als Tagesordnung war angelegt: Was hat unser Verband bisher zur bewertenden Beseitigung der Nacharbeit im Bäckergewerbe getan und was gibt es auch zu tun? Diese Fragen behandelte Kollege Fiedler, Frankfurt, gründlich. Fiedler, der aus seiner früheren Tätigkeit in Karlsruhe bei den hiesigen Kollegen bekannt und beliebt ist, legte ausführlich dar, wie von der Verbandslitung alles zur Bekämpfung getan wurde, um das Schreckgespenst der Nacharbeit nicht wiederkehren zu lassen, und wie überhaupt alles aufgegeben wird, um die Organisation jetzt und erst recht nach dem Siege schlagfertig zu erhalten. Es sei auch hier am Orte endlich an der Zeit, sich ausnahmslos der Organisation anzuschließen. Diese Mahnung war nicht fruchtlos, und die Mehrzahl der Kollegen trat dem Verbandsrat bei. Es wurde dann folgende Resolution einstimmig angenommen: Die am 26. Oktober im „König von Preußen“ tagende und gutbesetzte Gehilfen- und Meisterversammlung nimmt von den eingehenden Erörterungen zur Frage der Beseitigung der Nacharbeit mit Freuden Kenntnis. Die Maßnahmen von der Organisationsleitung werden voll und ganz anerkannt. Die Versammlung gelobt, nicht eher zu ruhen, bis auch die Beseitigung der Nacharbeit auch nach dem Siege gewahrt ist.

Für die Kollegen im hiesigen Lebensbedürfnis-Berein war tags zuvor eine Betriebsversammlung, die ebenfalls gut besucht war, und auch dort konnten Annahmen gemacht werden. Es wird nun an dieser Stelle nochmals an alle Kollegen, die nicht in der Versammlung waren, aber mit den Beschäftigten derselben einverstanden sind, das freundliche, aber dringende Ersuchen gerichtet, sich endlich der Gehilfenorganisation anzuschließen und sich hierwegen an Kollegen A. Stüb, Kupferstraße 16, zu wenden.

Essen. Am 28. und 29. Oktober fanden in Hamm-Tischen a. d. Saar und in Saarbrücken, „Bürgerhalle“, gut besuchte Bäckerversammlungen statt. Kollege Fiedler, Frankfurt a. M., hielt einen interessanten Vortrag über Nacharbeit und Kartofeln, wobei er auf die Verhältnisse in den Großbetrieben und die Beseitigung von Arbeitslosen einging. Weiter sprach er über das Verbot der Nacharbeit, hob die Vorteile dieses Verbotes hervor und verheißte sich, auch über die Gegner der Nacharbeit, über unsere Abkündigung im Felde, über die Kriegsbekämpftenfürsorge aus. Vor allen Dingen müsse die Organisation in Ordnung gehalten werden, wenn der Großbetrieblieferer sich organisiert, müsse der Arbeiter dies erst recht tun. In der Debatte wurde es gesagt, daß in manchen Gemeinden die Nacharbeit eine so mangelhafte ist, daß die Kollegen dadurch gezwungen werden, wieder des Nachts zu arbeiten. Es wird das Wohl, wenn es schon zwei Tage gefehlt hat, erst Sonnabends mittags gefüllt, und die Gehilfen müssen dann, dem Verbot entgegen, die folgenden Nächte arbeiten. Jedemfalls werden die Gewerkschaftsleiter sich dieser Verhältnisse annehmen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandes.

- Drilling.**
- Vom 30. Oktober bis 4. November gingen bei der Hauptkassa des Verbandes folgende Beiträge ein:
 - Für Juli bis September: Dornberg 14,69.
 - Für September: Halberstadt 21,90, Göttingen 2,20, Leininger 5,90.
 - Für Oktober: Gießen d. R. 26,40, Landskron 116,67, Saarlouis 14,70, Sagen-Saar 25,75, Landsberg a. d. R. 19,25, Berlin 27,02.
 - Von Einzelmitgliedern der Hauptkassa: D. S. 14,50, H. 2,50, J. 1,50.
 - Für Annahmen: Göttingen 11,00, A. 6,50.
- Der Kassier: D. Drilling.

Wider Kampf für die heilige Arbeit

Inde, Anerkennung in allen sozialistischen Parteien — das ist eine Erfahrung, die schon bei langer Zeit gemacht und die die gesamte Arbeiterschaft nur zu gut kennt. Die Arbeiter haben sich nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch heute noch nachdrücklich, bei jeder Gelegenheit, die sie ihnen bietet, um die Bekämpfung der Nacharbeit bemüht. Die Bekämpfung der Nacharbeit ist eine heilige Arbeit, die die Arbeiter in jeder Hinsicht unterstützen müssen. Die Bekämpfung der Nacharbeit ist eine heilige Arbeit, die die Arbeiter in jeder Hinsicht unterstützen müssen. Die Bekämpfung der Nacharbeit ist eine heilige Arbeit, die die Arbeiter in jeder Hinsicht unterstützen müssen.

Verordnung vom 5. Januar am 15. Januar 1916 in Kraft.

Die Weibchen haben wohl einmal daran gedacht, wenn sie morgens ihre heißen Semmeln open, daß deswegen viele arme Weibchen auf den Straßen verhungern und in der Nacht am Hunger sterben müßten. Wenn es sich wenigstens noch um ein menschliches Bedürfnis des menschlichen Körpers handelte, ohne dessen Erfüllung der Körper Schaden hätte! Aber das wird wohl niemand glauben, daß es ihm eine Unannehmlichkeit, wenn er nach der heißen Semmeln morgens aufsteht vom Tage vorher oder Schwarzbrot isst. Es handelt sich also hier nur um eine Gewohnheitsmode und nicht um ein physiologisches Bedürfnis des Körpers. Und wegen einer solchen Modehandlung hat niemand das Recht, zu verlangen, daß ein anderer deswegen seinen Schlaf aufgibt und sich in der Nacht hinlegt, um für ihn zu arbeiten. Ein solches Verlangen verleiht einem großen Mangel an sozialen Sinn und weist in unsere Zeit mit ihren hochgeprägten logischen Forderungen nicht mehr hin.

Wusste man allmählich immer feineres Mehl her, sowohl von Weizen wie von Roggen; die Mehl- und die Hülsen wurden immer mehr entfernt und als Viehfutter und Vorteil ver-

lauft, und das feine Mehl wurde menschliche Nahrung. Und so kam dann auch ein immer feineres Weizenmehl auf, das schließlich seinen Gipfel in den sogenannten Weizen-Pasteten erreichte, und damit wurde es dem Mehl, das man schon morgens seine heißen, warmen Semmeln haben mußte. Auf diese Weise ist überhaupt die Nacharbeit der Bäcker entstanden. Die schwer den Bäckern selbst diese Nacharbeit fällt, das beweist mir einmal ein Satz, den ich von einem intelligenten Bäckergehilfen zugeschrieben bekam, und der lautet: Das Bäckerleben hat Gott gegeben. Doch das Mehl in der Nacht, das hat der Teufel ausgebracht. Man sieht aus diesen Worten heraus, mit welcher Schwere die Nacharbeit auf diesem armen Menschen lastet, indem er sie geradezu als eine Ausgeburt des Teufels bezeichnet. Schon während meines schuleinischen Studiums hatte ich mehrfach Gelegenheit, Weizenkranke bei den Bäckern kennen zu lernen. In der schuleinischen Zeit machte ich die Bekanntheit der sogenannten Weizenkrankheit, das sind Weizen, das heißt alle diese Weizenarten, die mit Verfeinerung des Weizens nach unten streifen, und die dadurch entsteht, daß ein junger Mensch gerade in dem Alter, wo der Körper am meisten wächst, in den Weizenkrankheitsjahren eine schwere, anstrengende Arbeit am Backofen leisten muß. Die Weizenkrankheit nennt man eine Weizenkrankheit. Auf diese Weise entsteht nicht nur eine unangenehme Verfeinerung, sondern auch eine Einschränkung der Leistungsfähigkeit, weil die

Polizei und Gerichte

Wegen Vorkaufsrechtsverletzung hand der Bäckermeister Emil Richard Wolfhamer an Chemnitz unter Anklage. Er hatte 180 Pfund Streumehl beim Backwarenverwendet. Außerdem war er beschuldigt, etwa 50 Zentner Roggen- und Weizenmehl verbacken und die daraus hergestellten Brote ohne Marken verkauft zu haben.

Grümmungsgeltes Mehl verschafften sich die Angeklagten Johann Scholl, Buchbinder Johann Woffing und Bäcker Ludwig Schiel aus Duisburg auf ebenso einfache wie strapazierende Art und Weise. Sie war bei dem Bäckermeister Friedrich Otto in Wilhelm-Geelhof angeheiratet.

Internationales

Ueber den Stand unserer Bruderorganisation in der Schweiz

Die fortigen allgemeinen Verhältnisse wird uns von dort berichtet: Soweit die Bewegung in der Schweiz in Betracht kommt, kann man sagen, daß es im allgemeinen vorwärts geht. Speziell unser Verband hat sich gut entwickelt. Am 1. Juli 1915 zählten wir 4577 Mitglieder, am 1. Januar 1916 5452 und am 1. Juli 1916 6718.

gekümmert. Seine nicht mehr so viel auszuhalten wie gerade. Und natürlich auch hier die Nacharbeit besonders ungünstig wurden. Denn die Nacht ist doch eine Zeit, die für den Körper von Natur zum Schlaf bestimmt ist.

Zu den X-Seinen kommen dann noch Krampfaderen und Schwellungen der Füße, die auch durch das fortwährende Übermühen lange Stehen bei der Arbeit verursacht werden. Meistens alle Wädereisellen sind bleich und mager und von schwächerer Gesundheit als die Arbeiter in anderen Berufen.

am Kriege beteiligt, aber nach dieser Richtung bekommen wir auch amson Teil weg. Ein Vergleich der Preise von einigen wichtigen Artikeln gibt folgendes Bild:

Table with 4 columns: Artikel, März 1914 pro Kilo, Sept. 1914 pro Kilo, Steigerung in Proz. Includes items like Brot, Vollmehl, Haferkörner, Schweinefleisch, etc.

Auf Grund dieser Steigerungen dürfte es für Euch verständlich sein, daß wir aus den Bewegungen last nicht mehr herauskommen. Daraus wird auch die hoffentlich bald eintretende Beendigung des Krieges nichts ändern. Die Entwertung des Geldes wird erhalten und mit ihr die Leistung.

Bei den Bäckern und Konditoren sind zurzeit viele Bewegungen im Gange. Im Kantonsrat steht gegenwärtig das Gesetz, betreffend die Arbeit im Bäcker- und Konditorerwerb, zur Diskussion.

Sozialpolitisches

st. Krankenliste und hochgradige Schwäche. Nach einer erstmaligen gründlichen Entfischung des Reichsversicherungsamts (6. Dezember 1915) ist zunächst erheblichen Grades (chronischer Alkoholismus) eine Krankheit im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes und der Reichsversicherungsordnung.

solche Bäderträge gesehen hat, dem vergeblich überhaupt der Arbeit, nachlässig wieder Brot zu essen; denn die Leute nehmen den Brot oft erst in Anspruch, wenn es schon ziemlich fäulnisig ist, und das nicht natürlich auch durch die Nacharbeit gefördert, da ja nachts niemals eine so strenge Kontrolle sein kann wie bei Tage.

Nachdem die Bäder nun infolge des Krieges die Wohlstand der Abschaffung der Nacharbeit kennen gelernt haben, ist es sehr erklärlich, daß sie eine solche soziale Erzeugnisse nicht wieder aufgeben möchten, und daher ist wieder ihnen eine lebhafte Arbeit im Gange, das Nachbaderarbeit, das zunächst für die Kriegszeit erlassen worden ist, auch nach dem Kriege als dauernde Einrichtung beizubehalten.

Dr. Witsch geht dann auf den Hauptpunkt des Gutachten näher ein und bespricht es, daß die Regierung offenbar dem Nachbaderarbeit günstig getimmt ist. Er führt dann zum Schluß noch verschiedene Stellen aus der Eingabe an, die unsere Organisation in Gemeinschaft mit dem Reichs-Bund der Gewerkschaften und dem christlichen Verbands an Reichstag und Bundesrat gerichtet hat und legt dazu, daß unter Umständen auch ein solches Gesetz in Betracht kommen muß.

Magen) und eine Schwächung des Herzmuskels und des gesamten Blutlaufes (Blutenschwäche) verbunden sind. Deshalb hat der Schwere-Krankheitsartige Umbruch auf Kräftebehandlung und, da diese häufig in Arteriosklerose Erfolg verspricht, auch auf Aufnahme in eine solche. Die entstehenden Unfallschäden hat die Kräfte zu erzielen. Die Voraussetzung der Kräftebehandlung, Erwerbunfähigkeit, ist bei denartigen Kranken fast ausnahmslos anzunehmen. Die Arbeitsunfähigkeit besteht auch während des Waisenthalts in der Kräfteheilstätte fort, da der Kranke während dieser Zeit seinem Beruf nicht nachgehen kann.

st. Ein Arbeiter kann krankengeld auch für die letzte Betriebsunfähigkeit arbeitsloser Tage beanspruchen. Der Arbeiter M. verlangte von der Krankenkasse zu B. Gewährung des Krankengeldes für sechs Wochentage; es wurde ihm aber nur für fünf Tage gewährt, da in der Zeit vom 7. August 1915 bis 1. September 1915 regelmäßig nur an vier bis fünf Tagen gearbeitet worden sei.

Aus dem Grunde: Die Feststellung der Voraussetzungen, daß Kräfte dem Arbeitgeber an den Arbeitstagen des Betriebs nicht zur Verfügung gefunden habe (als Arbeitslosigkeit gilt ein solcher, an dem der Arbeitnehmer gearbeitet haben, jedoch Arbeit zur Verfügung gefunden haben würde), ist unangreifbar. Allerdings ist der mögliche Nachtrag vorher bestimmt worden; aber diese Bestimmung war eine weisende. Es war in der ersten Zeit Donnerstag und Sonnabend, dann Donnerstag allein und schließlich fünf des Donnerstags der Montag als Ruhetag vorgegeben. Aus diesem wiederholten Beschluß ergibt sich, daß die Festlegung des Ruhetages auf einen bestimmten Wochentag keinen Bestand hatte, und daß die Arbeiter daher sich nicht von vornherein mit Sicherheit darauf verlassen konnten, an einem bestimmten Wochentage regelmäßig ihre Arbeitskraft anderweitig verwenden zu können.

Dauer der Krankengeldzahlung - Kräfte-Verpflichtung. Ueber die Dauer der Krankengeldzahlung und den Beginn eines neuen Versicherungsfalls herrscht bei den Krankengeldbesitzern noch große Unklarheit. Für die Frage kommen die §§ 183 und 185 der Reichsversicherungsordnung in Betracht. Einige Beispiele sollen die hauptsächlichsten Zweifel beseitigen; dabei wird angenommen, daß die Kräfte nur 26 Wochen Krankengeld gezahlt.

§ 183. Die Krankengeldzahlung endet spätestens mit Ablauf der 26. Woche nach Beginn der Krankheit, wird jedoch Krankengeld erst vor einem spätem Tage zu bezogen, nach dem Fall.

Fällt in den Krankengeldbezug eine Zeit, in der nur Krankengeld gewährt wird, so wird diese Zeit auf die Dauer des Krankengeldbezuges bis zu 15 Wochen nicht angerechnet.

Für Krankengeld über die 26. Woche nach Beginn der Krankheit hinaus zu zahlen, so endet mit jenem Bezuge auch der Anspruch auf Krankengeld. Beispiel zu Absatz 1: Müller ist arbeitsfähig erkrankt und erhält von der Kräfte 20 Wochen lang mit Krankengeld (zeitliche Behandlung, Argentin). Von der 21. Woche ab wird Müller arbeitsfähig erkrankt und muß nun von der 21. Woche ab gerechnet, und für 26 Wochen Krankengeld und Krankengeld bekommen. Müller hat also für 46 Wochen Leistungen von der Kräfte erhalten. Durch diese Bestimmung kann sich die Dauer der Krankengeldzahlung bis in die 52. Woche hinein erstrecken (Anspruch 51 Wochen und 6 Tage nach dem Tage der Erkrankung).

Beispiel zu Absatz 2: Müller ist 4 Wochen arbeitsunfähig krank, dann 10 Wochen arbeitsfähig krank und wird von der 15. Woche ab wieder arbeitsfähig erkrankt. In diesem Falle ist von der 15. Woche ab noch für 22 Wochen Krankengeld zu zahlen. Wenn Müller aber vorher 10 Wochen 20 Wochen arbeitsfähig krank gewesen ist, so wird die 14. bis einschließlich 20. Woche, obwohl er von der Kräfte Krankengeld nicht erhalten hat, doch auf die Dauer des Krankengeldbezuges angerechnet. Es würde also gerechnet: 4 + 20 + 18 = 42 Wochen, so daß bei Fortdauer der Arbeitsunfähigkeit noch für 15 Wochen Krankengeld zu zahlen wäre. Wenn Müller aber von der Kräfte als arbeitsfähig erkrankt wäre 26 Wochen (ohne Krankengeld) ununterbrochen, so ist das Krankengeld eben ausgerechnet, ohne für die Krankheit einen Pfennig Krankengeld erhalten zu haben. Nur wenn vor Ablauf dieser 26 Wochen Arbeitsunfähigkeit hinzutritt, wird bis zur Dauer von ebenfalls nochmals 26 Wochen Krankengeld gezahlt.

Wenn also ein Krankengeldbesitzer ist, so kann es wegen der gleichen Krankheit neue Ansprüche gegen die Krankenkasse nur erheben, wenn eine neue Erkrankung eingetreten ist, das heißt, wenn in der Zwischenzeit ein Zustand bestanden hat, in dem weder Arbeitsunfähigkeit noch Arbeitsfähigkeit vorlag. Es ist es ohne Belang, ob die neue Erkrankung mit der früheren Arbeitsunfähigkeit zusammenhängt oder nicht. In diesem Falle wird aber dann eine Sitzung der Krankengeldbesitzer nach § 185 der Reichsversicherungsordnung ein.

§ 185. Die Kräfte kann für Krankheit, die auf Grund der Reichsversicherung oder aus einer in der Reichsversicherung nicht enthaltenen Krankheit oder aus einer sonstigen Ursache entstandenen Krankheit bis zu 26 Wochen Dauermonat oder längerem Krankengeld über die Fristen hinaus gewährt werden, wenn ein neuer Versicherungsfall, der im Laufe der nächsten zwölf Monate eintritt, die Krankengeldzahlung...

Hier auf die Angelegenheiten und auf die Gesamtdauer von 26 Wochen bezogen. Dies gilt nur, wenn die...

Die 26 Wochen sind nur angewandt werden, wenn das...

Am Ende der nächsten zwölf Monate. Diese zwölf...

Die 26 Wochen sind nur angewandt werden, wenn das...

Schauen wir nun weiter an. Miller bleibt vom 21....

Abgemeine Handlungen

Der Reichstag hat in seiner bereits wieder zu Ende...

Das Ende aller der vorstehenden...

boten wurde, Anlagen zu besichtigen, die uns das Ende aller...

Der Herr Richter ist im Glauben wohl etwas gar zu...

Der kürzlich in Danemark zum Minister ohne Portefeuille...

schauliche Aufschlüsse über die den Landbewohnern nicht so...

Zur Beachtung!

Die für Nr. 47 unseres Organs bestimmten Einwendungen...

Spätestens am 11. November ist der 46. Wochenbeitrag für 1916 (12. bis 18. November) fällig.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen

Freitag, 12. November: Duisburg: Vorm. 10 1/2 Uhr im „Bienenhaus“, Friedrich-Wilhelm-Platz.

Anzeigen

Kriegsopfer! Es fielen folgende Mitglieder: Reinhold Markus, August Güstloff, Hermann Süßmuth, Richard Ebert, Theodor Urbanski.

Nachruf. Als Opfer des Völkerringens haben wir folgende Kollegen zu beklagen: K. Jannotta, J. Jocheim.

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei Hans Derfuss, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. Et.

REIDL'S BACK PULVER bei 9 Pfd. à M. 1,60 ab 25 „ à „ 1,50 „ 50 „ à „ 1,40 „ 100 „ à „ 1,20

Panogen (Vom Kaiserlichen Gesundheitsamt genehmigt.) Ein wirklich gutes Hilfsmittel bei Fett- und Backbuttermangel.

Materialisches. Von der „Neuen Zeit“ ist das 5. Heft vom 1. Band...

Die Separierung von der Geld- und Zinsherrlichkeit.

Wir lesen eine Waise springen bejagt die typische Wendung in den Heeresberichten...